

„Deutschlands CO₂-Ausstoß ist unerheblich“

Professor Horst-Joachim Lüdecke, der früher an der Saarbrücker HTW lehrte, ist Teil einer Forschergruppe, die die Auswirkungen des CO₂-Ausstoßes skeptisch sieht. Die Gegenseite möchte mit ihm gar nicht erst diskutieren, sagt er.

VON SEBASTIAN DINGLER

SAARBRÜCKEN In der Debatte ums Klima und die Erderwärmung heißt es häufig, die Wissenschaft sei sich quasi einig darüber, dass der Mensch für die steigende Durchschnittstemperatur auf der Erde verantwortlich ist und dass dringend etwas gegen den CO₂-Ausstoß getan werden muss.



Der frühere Saarbrücker HTW-Professor Horst-Joachim Lüdecke

FOTO: LÜDECKE

Tatsächlich gibt es aber auch eine Reihe von Wissenschaftlern, die das anders sehen. Häufig ist dann von „Klimaleugnern“ die Rede, wobei schon der Begriff irreführend ist. Tatsächlich geht es um Forscher, die bezweifeln, dass der menschliche Einfluss auf die Erderwärmung so stark ist, dass er dringend mit der Einsparung von CO₂ gestoppt werden müsste.

Einer von ihnen ist der ehemalige Saarbrücker Professor Horst-Joachim Lüdecke, der jetzt in Heidelberg lebt. Er ist Pressesprecher des

in Jena sitzenden und umstrittenen Eike-Instituts, eines Zusammenschlusses von Forschern, die ähnlicher Meinung sind wie er. Lüdecke schließt gar nicht aus, wie er im persönlichen Gespräch erklärt, dass das Verbrennen fossiler Stoffe einen Einfluss auf das Klima habe. Er hält diesen nur für sehr unwahrscheinlich oder unerheblich. „Der Menschheit drohen vielfältige Gefahren, wie etwa durch große Meteoriten oder ein Mutieren des Ebola-Virus. Die Gefahr durch den Klimawandel ist da für mich eher weit unten angesiedelt“, meint der 76-Jährige.

Auf das Thema sei er vor etwa 15 Jahren gestoßen, als er noch in Saarbrücken an der Hochschule für Technik und Wirtschaft lehrte (seit 1975). Studenten hätten damals schon Referate über den Klimawandel gehalten, aber dabei völlig unwissenschaftliche Quellen benutzt. Das habe ihn dazu bewegt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. „Ich habe auch schon ein oder zwei Vorträge im Fachbereich darüber gehalten. Damals schon hatte ich den Eindruck, dass das Thema ideologiegeprägt ist und unwissenschaftlich behandelt wird.“

Mit ruhiger Stimme trägt Lüdecke seine Thesen vor, die jedem „Fridays for Future“-Vertreter den Puls hochtreiben dürften. So übersteige der CO₂-Ausstoß aus der Ausatmung der Menschheit aktuell den Wert aus dem globalen Autoverkehr. Außerdem betrage die Temperaturverringerung durch 80 Prozent deutscher CO₂-Einsparungen bis 2050 höchstens ein Vierhundertstel von 4,5 Grad, also 0,01 Grad – „so gut wie nichts“, sagt Lüdecke. Da stark CO₂-ausstoßende Staaten wie China, Russland, die USA oder Indien nicht bei der Re-



Eine Eisbärin und ihre Junges treiben meilenweit von der norwegischen Küste entfernt auf einem winzigen, schmelzenden Eisberg weiter ins Meer hinaus – eine Folge des Klimawandels, sagen viele Forscher.

FOTO: ACTIONPRESS

duzierung des CO₂-Ausstoßes mitmachen würden, sei es unerheblich fürs Klima, „ob Deutschland das macht oder nicht“. Und selbst wenn die gesamte Welt dasselbe wie Deutschland machen würde, wäre die Temperaturverminderung bis 2050 nach Ansicht von Lüdecke 50 Mal 0,01 Grad, also 0,5 Grad. „Auch eine Verminderung von 0,5 Grad ist unerheblich.“ Extreme Wetter nähmen entgegen der aktuellen Meinung ebenfalls nicht zu: „Kaum jemand weiß, dass der Weltklimarat IPCC dazu eine umfangreiche

Studie vorgelegt und nichts gefunden hat.“ Lüdecke kritisiert zudem, dass Forschungsanträge, die in die Gegenrichtung gingen – etwa über den Einfluss der Sonne auf das Klima – nicht finanziert würden. „Das ist von der Politik indirekt gesteuert.“ Letztlich würde das Erreichen der Klimaziele bis 2050 Deutschland eine Billion Euro kosten – „unsere Wirtschaft ist danach kaputt“.

Lüdecke wirkt beim Aufzählen der Thesen weder radikal noch fanatisch, im Gegenteil. Er findet sogar lobende Worte für seine Geg-

ner. „Also, der IPCC ist gar nicht so schlecht, der macht ganz gute Arbeit“, sagt er. Oder: „Stefan Rahmstorf ist ein guter Fachmann, aber er ist leider für meine Begriffe zu politisch.“ Professor Rahmstorf ist Mitglied des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und einer der renommiertesten Forscher auf diesem Gebiet. Weniger gut zu sprechen ist Lüdecke auf den Astrophysiker und Wissenschaftsjournalisten Harald Lesch, der durch seine wissenschaftlichen Sendungen im Fernsehen bekannt ist. „Der hat in einem

Interview behauptet, er wollte mit dem Eike-Institut in Kontakt kommen, aber es sei ihm nicht gelungen. Er wäre sogar in Jena gewesen, aber da wäre niemand gewesen.“ Das könne schon mal gar nicht sein, meint Lüdecke dazu. Er habe Lesch daraufhin einen Brief per Einschreiben mit einer Einladung zum Dialog geschrieben – ohne eine Reaktion darauf erhalten zu haben.

Lüdecke hat durchaus ein großes Interesse daran, mit der Gegenseite ins Gespräch zu kommen. Angebote würden aber häufig von den „Alarmisten“, wie er sie nennt, nicht angenommen. Eine einzige Ausnahme habe es in all den Jahren gegeben: Da war er mit zwei Eike-Kollegen von der CDU im Bundestag eingeladen worden. Dort sei auch Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber („sehr netter Mann übrigens“) anwesend gewesen, den Lüdecke scharf angegriffen habe. Schellnhuber, damals Direktor des PIK, habe anschließend ein Treffen von Lüdecke und anderen Eike-Vertretern mit Forschern seines Instituts veranstaltet. „Beide Seiten haben ihre Argumente ausgetauscht, eine Einigung gab es nicht, aber es war interessant. Es ist aber nie wiederholt worden.“

Offenbar werden Lüdecke und seine Mitstreiter von der breiten Mehrheit der Klimaforscher als Schmutzdelkinder angesehen, mit denen man besser nicht spricht. Die Bereitschaft zum Dialog ist von Seiten Lüdeckes jedenfalls vorhanden: „Ich diskutiere mit jedem.“ Das erstaunt, dürften doch die Grünen seinen Thesen am vehementesten widersprechen. Mit einer Ausnahme allerdings: „Bei der Linkspartei hätte ich Probleme.“ An denen stört Lüdecke die mangelhafte Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit.

Bistum kritisiert Umfrage zu Strukturreform

TRIER/SAARBRÜCKEN (dpa) Das Bistum Trier hat eine Umfrage der Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“ zu der geplanten Strukturreform im Bistum als „tendenziös“ kritisiert. Zudem sei die Art der Befragung „unseres Erachtens nicht wirklich aussagekräftig“, teilte Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg für das Bistum Trier am Dienstag mit. Die Initiative hatte insgesamt 500 Katholiken im Bistum vom Marktforschungsinstitut abh Market Research online befragen lassen. Eines der Ergebnisse: Zwei Drittel stehen demnach der neuen Pfarreistruktur negativ gegenüber.



Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg

FOTO: BIRGIT REICHERT/DPA

Von Plettenberg führte aus, von den Befragten hätten nur 42 Prozent bei der ersten Frage angegeben, dass sie sich mit den Aktivitäten des Bistums beschäftigten. „Für den weiteren Fortgang heißt das, dass die meisten Befragten gar

keine begründete Meinung zu den Fragen haben können“, schrieb er. Zudem seien in den Fragen und Thesen der Umfrage die Vorhaben des Bistums „kaum verständlich oder nur sehr verkürzt formuliert“. Schließlich würden Themen vermischt, „um die Tendenzen der Initiative zu bestätigen“.

Das Bistum Trier will die bisherigen 887 Pfarreien in zwei Stufen ablösen und durch 35 Großpfarreien ersetzen. In einem ersten Schritt sollen Anfang 2020 die ersten 15 Einheiten an den Start gehen, weitere Großpfarreien sollen spätestens bis Anfang 2022 folgen.

Der Neuzuschnitt ist Teil eines Reformpakets, das eine Synode Ende April 2016 für das Bistum beschlossen hat - auch angesichts sinkender Priester- und Mitgliederzahlen. Der Umbau sieht auch Änderungen in der Arbeitsweise der Gremien und bei der Vermögensverwaltung vor.

Die Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“ wendet sich vor allem gegen die Auflösung der Pfarreien alten Zuschnitts. Sie hat angekündigt, vor mehreren Gerichten klagen zu wollen, um die Pläne zu stoppen. Das Bistum Trier zählt knapp 1,4 Millionen Katholiken in Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Vortragsreihe über den Blick des Auslands auf Europa

SAARBRÜCKEN (red) „Borders, Brexit and Citizenship“ lautet der Vortrag in englischer Sprache des Politikwissenschaftlers Willem Maas am Mittwoch, 16. Oktober, 17 bis 19 Uhr, im Gebäude C7 4 (Raum 1.17) der Saar-Uni. Maas, der in Toronto lehrt, wird das Verhältnis zwischen nationaler Staatsbürgerschaft und europäischer Unionsbürgerschaft im

Zusammenhang mit den Herausforderungen rund um den Brexit thematisieren und zeigen, dass dieses Spannungsverhältnis keine rein europäische Frage ist. Der Vortrag ist der erste der neuen Reihe „Europas Peripherie und darüber hinaus – Perspektiven ‚von außen‘ auf Europa“, zu der das Europa-Kolleg CEUS einlädt.

Ries koordiniert Kommission im Ausschuss der Regionen

SAARBRÜCKEN (red) Die SPD-Landtagsabgeordnete Isolde Ries koordiniert künftig für die Fraktion der europäischen Sozialisten den Bereich Wirtschaftspolitik (ECON) im Europäischen Ausschuss der Regionen. Damit gewinne das Saarland eine wichtige Stimme im Kampf um den Erhalt der saarländischen Stahlindustrie, teilt die Fraktion mit.

Ries sei eine Kämpfernatur und besitze die nötige Durchschlagskraft, um die Interessen der Regionen im Allgemeinen und des Saarlandes im Besonderen nach Brüssel und Straßburg zu tragen. Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) vertritt die regionalen Gliedstaaten auf europäischer Ebene.

Nach Misshandlungs-Verdacht schließt Wohnheim in Eifel

MAINZ (dpa) In einem Wohnheim in der Eifel sollen nach Misshandlungsvorwürfen künftig keine Jugendlichen mehr betreut werden. „Die öffentlichen Diskussionen haben Spuren hinterlassen, weshalb wir es nicht mehr für möglich halten, dass Jugendliche bei uns in Wanderath unbelastet leben können“, teilte am Dienstag ein Sprecher des Trägers Case Project mit. Die Entscheidung zur Schließung der Einrichtung in der Jugendhilfe sei daher vom Träger selbst getroffen worden. „Die in den vergangenen Monaten öffentlich gegen unsere Einrichtung erhobenen Vorwürfe haben uns selbstverständlich sehr betroffen gemacht“, erklärte er. Die Suche nach neuen Wohnplätzen für die Jugendlichen komme gut voran.

Das „Team Wallraff“ hatte im März auf RTL über Maßnahmen wie Essensentzug in der Einrichtung in Baar-Wanderath (Kreis Mayen-Koblenz) berichtet. Auch seien Zwangsaufenthalte in einem sogenannten Deeskalationsraum ohne Tageslicht und Toilette angeordnet worden. Nach dem TV-Bericht ging das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung den Vorwürfen nach und befand, dass der in der Einrichtung mit

sechs Plätzen verfolgte Ansatz „sich als würde- und menschenrechtsverletzend erweist“. Der Träger wurde zum Entzug der Betriebslaubnis angehalten. Vor Fristablauf teilte er dann mit, dass die Case Project GmbH keine Perspektive für die Fortsetzung des Betriebs sehe.

Das Personal in der Einrichtung soll nach Einstellung des Betriebs zum Monatsende das Team in der Eingliederungshilfe für Erwachsene verstärken. Das Landesjugendamt will diese Einrichtung für die Betreuung von 38 Erwachsenen mit psychischen Erkrankungen an einen neuen Träger vergeben. Der Case-Project-Sprecher sagte, dass für diese Einrichtung ein Zukunftsplan entwickelt werde.

Produktion dieser Seite:

Ute Kirch, Teresa Prommersberger
Oliver Schwambach

Saarland/Landespolitik/Kultur

Telefon: (06 81) 5 02 20 41

Fax: (06 81) 5 02 20 79

E-Mail: politik@sz-sb.de

kultur@sz-sb.de

Team Saarland/Landespolitik/Kultur:

Oliver Schwambach (oli, Leiter),

Dr. Daniel Kirch (kir, stellv. Leiter), Dietmar Klostermann

(dik, stellv. Leiter), Esther Brenner (esb), Tobias Fuchs

(fu), Ute Kirch (ukl), Christine Kloth (ko),

Teresa Prommersberger (ter), Johannes Schleuning (jos)